

- ☐☐ **Jahrestag "Schwarzer Donnerstag" - Großdemonstration und Schweigemarsch**

- ☐☐ **Stuttgart 21: Das Vorgehen von Stuttgarter Polizei und Justiz gegen Demonstranten**

Zu dem um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ durch staatliche Organe mit rechtswidrigem Handeln, Täuschen, Tricksen und Tarnen eskalierten Konflikt werden in massiver Weise Fakten unterdrückt, so die [Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten](#) in einer [Pressemitteilung](#).

Unstreitig werden erkennbar Lügen aus der Polizei Stuttgart/Baden-Württembergs (Ba-Wü) wie auch

der Landesregierung von Ba-Wü mit der Zielsetzung in die Welt gesetzt, die Durchsetzung des Projektes mit auch unrechtmäßigen Mitteln zu erreichen.

Die erste größere Falschbehauptung aus Polizeipräsidium und Innenministerium, wonach am 30.09.2010 Pflastersteine geflogen seien, musste schein-souverän zurückgenommen werden. Auch auf einem Video, das die Stuttgarter Polizei mit dem Titel „Gewalt gegen Polizeibeamte“ ins Internet gestellt hat, gehe nicht die ganze Wahrheit hervor. Dort ist zu sehen, wie sich aus den Reihen der DemonstrantInnen plötzlich eine verummte Person auf die PolizeibeamtInnen und diese mit einem Spray attackiert. Ausführlichere Filmaufnahmen von Versammlungsteilnehmern zeigen jedoch auch die Abläufe nach Ende des offiziellen Videos.

Zu sehen ist, wie der „Pfeffer“sprayer nach

seinem Angriff auf die PolizeibeamtInnen von Vermummten mitten in die Reihen der Polizei hinein geleitet wird. Dies war jedoch keine Festnahme. Vielmehr wurde er von und zu seinen eigenen KollegInnen. Offenbar handele es sich um einen von Steuergeldern finanzierten Agent Provocateur. Das Vorgehen der Polizei am 30. September sei teilweise wie das Verhalten von organisierten Banden gewesen. Im Grunde handele es sich um organisierte Kriminalität (OK) im Sinne der etwas diffusen offiziellen Beschreibungsformel für OK: Es handelten mehr als zwei Personen dauerhaft mit kriminellen Mitteln, um Einfluss auf Politik, Verwaltung und auch die Öffentlichkeit zu nehmen.

Ein großes Problem sei, dass gegen Träger von Staatsämtern und PolizeibeamtInnen immer wieder belastende Beweise verschwinden. Mal sei „plötzlich“ etwas gelöscht (Tonaufnahmen, Videos, Festplatteninhalte), ein anderes Mal sei etwas auf dem Postweg verloren gegangen. So lange es keine Prävention (Polizeibeauftragte und Kennzeichnung) gegen Polizeigewalt bzw. eine effektive Repression möglich gemacht werde, so lange sollten Organisationen wie die [Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten](#), sowie Untersuchungsausschüsse und Initiativen wie „Bürger beobachten die Polizei bei ihrer Arbeit“ derartige Veröffentlichungen vornehmen.

- ☐☐ **Jahrestag „Schwarzer Donnerstag“**

Vor genau einem Jahr, am 30. September 2010 eskalierten die Proteste um das Bahnprojekt "Stuttgart 21". Der damalige baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Mappus ließ Hundertschaften vermummter, paramilitärischer Polizei-Einheiten auf eine angemeldete Schülerdemonstration, sowie eine rahmengebende

Großdemonstration los. Der Protest richtete sich gegen "Stuttgart 21" und die im Rahmen dieses Projektes geplante Umweltzerstörung im Stuttgarter Schlossgarten.

Die Demonstranten hatten in einem Akt (basis-)demokratischen "zivilen Ungehorsams" den Stuttgarter Schlossgarten am Hauptbahnhof besetzt, um die Abholzung der dortigen Bäume zugunsten des geplanten Tiefbahnhofs zu verhindern. Der polizeistaatliche

Gewaltexzess richtete sich mit Schlagstöcken, Pfefferspray und Wasserwerfern gegen friedliche Demonstanten, darunter viele Alte, Kinder und Jugendliche.

- Weiterlesen: [Jahrestag "Schwarzer Donnerstag"](#)

- **Amnesty fordert unabhängige Untersuchung zum „Schwarzen Donnerstag“**

Ein Jahr nach den Vorfällen des sog. Schwarzen Donnerstag vom 30. September 2011 arbeitet die Stuttgarter Polizei und Staatsanwaltschaft noch immer an der Aufarbeitung des

Polizeieinsatzes, so die
Amnesty-Kampagne [„Mehr
Verantwortung bei der Polizei“](#)
in einer aktuellen Mitteilung.
Der Polizeieinsatz gegen
Protestierende im Stuttgarter
Schlosspark hatte bundesweit
für Empörung gesorgt.
Tatsächlich wirft der massive
Einsatz von Wasserwerfern und
Pfefferspray ernste Fragen auf.
Ein Wasserwerfer mit zu
hohem Druck: Vom Bochumer
Kriminologen Thomas Feltes
als rechtswidrig eingestuft;

Pfefferspray aus Nahdistanz
und unter Planen gesprüht: Ein
Verstoß gegen die
Empfehlungen des
europäischen
Antifolterkomitees CPT.
Schlagstockeinstätze auf
Kopfhöhe und auf am Boden
Liegende: Rechtswidrige
Gewaltanwendung.

Daraus müssen für die Aus-
und Fortbildung und zukünftige

Einsatzplanung die richtigen Lehren gezogen werden. Auch bedürfen diese dokumentierten, in ihrer Dimension erschreckenden Fakten des Polizeieinsatzes am „Schwarzen Donnerstag“ 2010 einer angemessenen Untersuchung. Vorwürfe über rechtswidrige Polizeigewalt müssen unverzüglich, unabhängig, unparteilich und umfassend aufgeklärt werden. Dazu hatte Amnesty International schon einen Tag

nach dem eskalierten
Polizeieinsatz gemahnt.

Es fehlen grundsätzliche
Veränderungen, die strukturelle
Defizite bei der Aufklärung von
rechtswidriger Polizeigewalt
angehen. Diese Entwicklung
sollte den Verantwortlichen zu
Denken geben. Denn
insgesamt steht es ein Jahr
nach dem „Schwarzen
Donnerstag“ noch schlechter

um den Ruf der Ermittlungsbehörden, als dies schon kurz danach im Land zu bemerken war. Eine unabhängige Instanz stärkt das Vertrauen in die große Mehrheit der rechtmäßig handelnden Beamten und sorgt für umfassende Aufklärung von gerechtfertigten wie ungerechtfertigten Vorwürfen, so Amnesty.

- ☐☐ **Illegale Baumfällungen bei S21 – Anzeige verschleppt**

Genau ein Jahr ist es her,
dass die Deutsche Bahn AG
in der Nacht vom 30.

September auf den 1.

Oktober 2010 illegal Bäume
im Mittleren Schlossgarten
in Stuttgart fällen ließ, was

zu heftigen Protesten und dem umstrittenen Polizeieinsatz führte. Seither wartet die Öffentlichkeit auf Konsequenzen aus der Anzeige, die der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Baden-Württemberg kurz nach den Baumfällungen erstattet hatte. Passiert ist bislang nichts.

"Wir hätten erwartet, dass die Justiz ausreichend Fingerspitzengefühl zeigt, den Fall im Vorfeld des Jahrestags aufzuklären", weist Berthold Frieß, Landesgeschäftsführer des BUND, auf den „Schwarzen Donnerstag“ vor einem Jahr hin. Zumal Staatsanwaltschaft und

Gerichte nicht in allen Fällen so bedächtig agieren. „Aus Berichten von Betroffenen wissen wir, dass Protestteilnehmer sehr viel schneller verurteilt wurden“, mahnt Frieß, „da wird offenbar mit zweierlei Maß gemessen.“

Besonders tragisch sei das

konzertierte Nichtstun der
Behörden, so Berthold
Frieß. „Das
Eisenbahnbundesamt
kommt seiner
Kontrollfunktion nicht nach,
indem es anstelle von
rechtsverbindlichen
Maßnahmen auf die
freiwillige Mitwirkung der
Bahn hofft. Und jetzt setzt
die Justiz noch eins drauf“,
resümiert der

BUND-Landesgeschäftsführer, „da muss man sich nicht wundern, wenn die Bürgerinnen und Bürger immer weniger Vertrauen in den Staat haben.“

- □ □ □ □ □ **Das**
Großprojekt
„Stuttgart 21“: De
mokratisch - politisch,
rechtlich, fachlich,
ökonomisch und
ökologisch - □ □ □ □ □ □ □ □
nicht legitimiert und
nicht legitimierbar

"[...] Die Gegner des Projekts verlangen nach einem von Anfang bis Ende ordentlichen, einer Demokratie und einem Rechtsstaat angemessenen Legitimationsverfahren. Sie verlangen nach

einem nach
vernünftigen Kriterien
entworfenen und
verlässlich kalkulierten
Projektplan. Und sie
verlangen, dass
Verträge und
Vereinbarungen
rechtlich einwandfrei
und transparent
geschlossen werden

und es keine geheimen
Hinterzimmer-Absprach
en und Mauscheleien
gibt. Doch was sie
bisher geliefert
bekommen, ist
primitives Stückwerk,
ist der hilflose Versuch,
die vielen Lücken und
Löcher in der
demokratischen

Legitimität, in der
fachlichen und
wirtschaftlichen
Planung und in den
rechtlichen
Rahmenbedingungen
des Projekts im
Nachhinein zu stopfen
und zu füllen. [...]"

Der gesamte Text auf Zwuckelmanns Meinung: Wieso kein Frieden in Stuttgart einziehen kann

- Proteste und Polizeigewalt auch in USA

Ausufernde
Polizeigewalt findet
nicht nur in

Deutschland statt,
etwa bei Protesten
gegen „Stuttgart 21“
oder
Atommüll-Transporte
, oder gegen
basisdemokratische
Protestcamps
, sondern besonders
auch in Spanien oder

Griechenland, wo die
sozialen Proteste
längst
Massenbewegungen
geworden sind.
Jüngst griff die sich
derzeit weltweit
formende
Protestbewegung
auch auf die USA

über. Die
Massenproteste in
Nordafrika und im
Nahen Osten, sowie
auch die "Empörlen"
in Spanien sind in
vielerlei Hinsicht
Vorbild für die auch in
Europa und
Nordamerika

entstehende Demokratie-Bewegun g.

Dies dürfte der
Hauptgrund dafür
sein, so wird
spekuliert, dass die

westlichen
Konzernmedien die
seit Mitte September
in New York unter
dem Motto „Occupy
WallStreet“
stattfindenden
Proteste nahezu
völlig ignoriert.
Mitsamt der auch hier

stattfindenden
Polizeigewalt.
Nachdem Fernsehen
und Printmedien
schweigen, begann
zuletzt etwa auch der
Mail-Dienst "Yahoo"
E-Mails zu
blockieren, die einen
Verweis auf die

Homepage der
Organisatoren des
Protestcamps
enthielten, berichtet
Telepolis.

- Weiterlesen: [P](#)
[roteste und](#)
[Polizeigewalt auch in](#)
[USA](#)

- □ □

Protestbewegung in USA

"Seit 10 Tagen
besetzen vor allem
junge Menschen

nicht nur die New
Yorker Wall Street,
sondern immer
mehr Städte in
Amerika. [...] Die
Polizei hat dennoch
schon mehrmals zur
Gewalt gegriffen
und zahlreiche

Teilnehmer
verhaftet, während
die Demonstranten
ihren Prinzipien
absoluter
Gewaltlosigkeit
bisher in allen
Städten treu
bleiben. [...] Bisher

ist die Bewegung
sehr klein. Die
amerikanischen
Medien schweigen
sie bewusst tot -
denn die Parallelen
zu Ägypten und
Spanien sind so
offensichtlich, dass

man der Bewegung
nicht zu allzu viel
Gehör verhelfen
will. [...]"

Der ganze Bericht
auf Sein: Occupy
Wallstreet:

amerikanische Jugendliche proben die Revolution

- □ □ **Petition für Pressefreiheit**

Eine
Bundestagspetitio
n setzt sich für

mehr
Pressefreiheit ein.
Auch
„ehrenamtliche“
bzw. nicht
erwerbsmäßig
beschäftigte
Berichterstatter
sollen den

grundrechtlich
garantierten
Schutz der
Pressefreiheit
genießen.

Hintergrund ist die
insbesondere im
Rahmen sozialer
Proteste

entstehende
Berichterstattung
durch Filmern und
Blogger, die
oftmals den
größten Teil der
journalistischen
Informations- und
Aufklärungsarbeit

leisten, für die
eigentlich die
institutionalisierten
Massenmedien
verantwortlich
sind, dieser aber
nicht nachkommen
wollen oder
können.

„Für eine freie
Berichterstattung
ist es unabdingbar,
diesen
Journalisten, die
die Pressearbeit
ehrenamtlich
betreiben, den
gleichen

Informatenschutz
wie
professionellen
Journalisten zu
gewährleisten. Ich
halte eine solche
Stärkung der
Pressefreiheit für
notwendig“, heißt

es in der
Begründung der
Petition. Und
weiter: „Anlass der
Petition ist eine
Durchsuchungsakt
ion der
Staatsanwaltschaft
Stuttgart, die nur

deshalb stattfinden
konnte weil
Bloggern, die
ehrenamtlich über
Aktionen rund um
Stuttgart 21
berichten, der
gleiche Schutz,
der der übrigen

Presse zu Teil
wird, verwehrt
wird.“

- Zur

Bundestagspetition

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 01. Oktober 2011 um 15:42 Uhr

n

„Zeugnisverweiger
ungsrecht“

- □ □ Das Bedingungslose Grundeinkomme n

"[...] Gleiches
Recht für alle,
aber dadurch
individuelle
Entwicklungsmög-
lichkeiten. Habe
ich eine
Grundsicherung,

kann ich mich
privat
weiterbilden und
letztendlich auch
meine Interessen
beruflich besser
verfolgen. Das
BGE wird

benötigt, um alte
Systeme, die
nicht weiter
existieren
können,
abzulösen. [...]

Die
Lebensqualität

steigt, der
Erwerbsdruck ist
weg, ich muss
nicht mehr zu
schlechtesten
Konditionen und
unmenschlichen
Bedingungen

arbeiten gehen.
[...] Warum gibt
es nicht schon
lange eine
Grundsicherung,
wenn sie doch
machbar ist?
Nun, jeder

Systemwechsel
stellt
selbstverständlich
auch einen
Machtwechsel
dar und
genaugenommen
geben die

Mächtigen sehr
viel ihrer Macht
ab, wenn nicht
mehr die
Erwerbsarbeit als
Druckmittel da ist.
[...]"

Der gesamte Text
auf [Zeitfokus](#)
[online: Die VBD](#)
[und das](#)
[bedingungslose](#)
[Grundeinkomme](#)

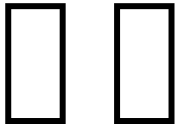
Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 01. Oktober 2011 um 15:42 Uhr

n

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 01. Oktober 2011 um 15:42 Uhr

-  **KenFM**
über N€uro

- □ □

Spekulanten profitieren von „Euro-Krise“

"Der britische
Aktienhändler
Alessio Rastani
hat in einem
Interview mit
der BBC
gestern

Börsen-Klartext
geredet. Das
Video ist bei
Youtube zu
sehen. Der
34-Jährige
machte darin

klar, dass die
Rettungspläne
für den Euro
nicht
funktionieren
werden, weil
sie nach

Ansicht von
Spekulanten
gar nicht
funktionieren
dürfen. [...] Wer
bis heute noch
nicht eine

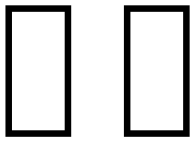
durchgreifende
Finanzmarktreg
ulierung
gefordert hat,
wo sich in drei
Krisenjahren
praktisch nichts

getan hat, der
bekommt durch
das Interview
gezeigt, wie
notwendig sie
ist. Denn, so
Rastani, "nicht

die
Regierungen
beherrschen
die Welt,
Goldman
Sachs regiert
die Welt". [...]"

Der ganze
Artikel auf Tele
polis: "Die
Ersparnisse
von Millionen
Menschen
werden in den

nächsten
Monaten
verschwinden"

-  Staatsf
ernsehen
auflösen

- □ □

**KenFM: US
Soldat denkt
laut nach.
Nach dem
Einsatz.**

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 01. Oktober 2011 um 15:42 Uhr

{jcomments
on}